

Felix Huber
Böshüsweg 4
6005 Luzern
petitiongegenfrauengewalt@gmx.ch

Stadt Luzern
Stadtkanzlei
z. Hd. Stadtrat und Grossstadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern

Luzern, 28. Februar 2009

Petition: Plakate gegen Frauengewalt

Posteingang Stadtrat		FF: SK
0 2. März 2009		MitB:
Nr. 199	Bestätigt	Kopie:

Sehr geehrte Stadträtin, Stadträte, Grossstadträtinnen und Grossstadträte

An den VBL-Billettautomaten hängen seit längerer Zeit Plakate mit dem Titel „Gegen Männergewalt“. Männer, die gewalttätig sind, können sich telefonisch Hilfe holen, um ihre Gewalt zu beenden. Ich finde das eine gute Sache. Dummerweise sucht man auf der anderen Seite des Automaten vergeblich nach seinem Pendant, dem Plakat gegen Frauengewalt.

Mit dieser Petition ersuche ich Sie deshalb, dafür zu sorgen, dass an allen VBL-Automaten, an denen das Plakat gegen Männergewalt hängt, auch ein entsprechendes Plakat gegen Frauengewalt aufgehängt wird. Auch Frauen, die Männern Gewalt antun, sollen die Möglichkeit bekommen, telefonisch Hilfe in Anspruch zu nehmen, um ihre Gewalt beenden zu können.

Begründung:

1. Dass Gewalt nicht einfach ein Geschlecht (nämlich das männliche) hat, zeigen heute viele Studien. Vielleicht tun Frauen Männern weniger physische Gewalt an als umgekehrt, obwohl auch das häufiger vorkommt als viele Leute meinen. Bei Frauengewalt handelt es sich oft um subtilere Formen von Gewalt (psychische Gewalt, fälschlicherweise erhobene Nötigungs- und Missbrauchsvorwürfe, Besuchsrechtsverweigerung, etc.), die nicht minder schlimm sind für die Opfer. Mit einem Angebot für gewalttätige Frauen könnte diesen und dadurch auch ihren Opfern geholfen werden.
2. Das psychologische Signal an die Bevölkerung ist falsch. Indem an Werbeflächen eines öffentlich-rechtlichen Unternehmens einseitig nur Plakate gegen Männergewalt aufgehängt werden, wird das falsche Bild zementiert, dass Gewalt eine reine Männersache ist.
3. Dem in der Bundesverfassung verankerten Prinzip der Gleichberechtigung würde Rechnung getragen, indem auch Frauen ein entsprechendes Angebot offen stehen würde.
4. Selbstverständlich sollen keine neuen Stellenprozentage geschaffen werden. Es soll eine geeignete, bereits jetzt existierende Stelle bestimmt werden, die nebenher Telefonanrufe von Frauen, die ihre Gewalt beenden möchten, entgegen nimmt. Das muss nicht zwingend eine staatliche Stelle sein. Es ist sicherlich nicht mit übermässigem Aufwand zu rechnen (und wäre es das, wäre das umso mehr ein Grund für die Einführung dieses Angebots). Die Kosten wären also minimal und würden sich im Wesentlichen auf das Drucken und Aufhängen von ein paar Plakaten beschränken.

Ich danke Ihnen für die seriöse Prüfung meiner Petition.

Mit freundlichen Grüssen



Felix Huber